

V e r e i n b a r u n g

zur Stiftung

„Stiftung: Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland“

(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 16.12.2004)

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen

(im Folgenden die Länder) schließen auf der Grundlage der in der Kultusministerkonferenz am 15.10.2004 beschlossenen „Eckpunkte für die Weiterentwicklung der Akkreditierung in Deutschland“ folgende Vereinbarung:

1.

Die Aufgaben des Akkreditierungsrates werden auf eine nach dem Recht des Landes Nordrhein-Westfalen als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts zu errichtende Stiftung „Stiftung: Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland“ übertragen. Mit

in Kraft treten des Gesetzes wird das bisherige Statut für ein länder- und hochschulübergreifendes Akkreditierungsverfahren (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 24.05.2002 i. d. F. vom 15.10.2004) außer Kraft gesetzt.

2.

Die Länder übertragen für die durch Beschluss der Kultusministerkonferenz festgelegten Studien- und Ausbildungsgänge die Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Vollzug der gemeinsamen Strukturvorgaben nach § 9 Abs. 2 HRG auf die Stiftung. Die Länder können die Übertragung der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Vollzug der gemeinsamen Strukturvorgaben nach § 9 Abs. 2 HRG auf die Stiftung durch Beschluss der Kultusministerkonferenz wieder zurücknehmen.

3.

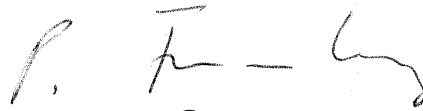
Die Geschäftsstelle der Stiftung wird organisatorisch an die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angebunden.

4.

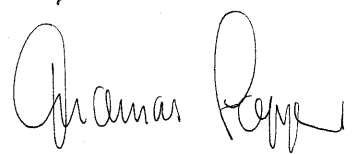
Die Länder finanzieren die Stiftung vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel durch die Parlamente nach dem Königsteiner Schlüssel. Über die Höhe der Finanzierung entscheidet im Rahmen bereitgestellter Haushaltsmittel die Kultusministerkonferenz mit Zustimmung der Finanzministerkonferenz.

Bonn, 16.12.2004

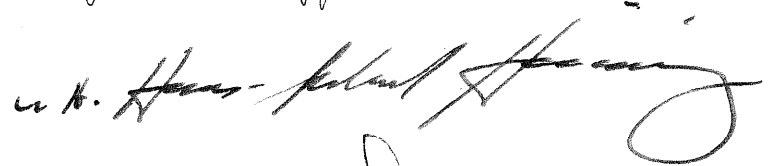
Für das Land Baden-Württemberg:



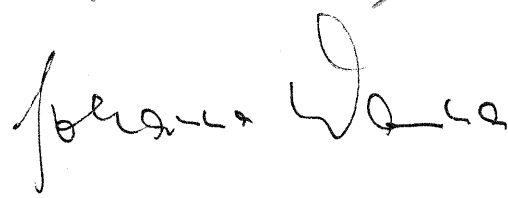
Für den Freistaat Bayern:



Für das Land Berlin:



Für das Land Brandenburg:



Für die Freie Hansestadt Bremen:

W. Seuber

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:

Paul Meißner

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Hans Reckmann

Für das Land Hessen:

J. F. Gerber

Für das Land Niedersachsen:

i. V. J. Lang

Für das Land Nordrhein-Westfalen:

i. V. Herbert Vohs

Für das Land Rheinland-Pfalz:

J. Müller

Für das Saarland:

Jürgen Börs

Für den Freistaat Sachsen:

B. Lang

Für das Land Sachsen-Anhalt:

Edgar Müller

Für das Land Schleswig-Holstein:

Uta Edelich-Bauer

Für den Freistaat Thüringen:

i. V. A